
Die Überwindung der Teilung Deutschlands: Zukunftschancen in historischer Perspektive

Horst Möller

Verbindende und trennende Faktoren

Grenzen trennen, Grenzübergänge verbinden. Der Berliner „Tränenpalast“ erinnert an diese Selbstverständlichkeit, er erinnert aber zugleich an die Absurdität dieses Ortes, wurden da doch Deutsche, Berliner, abgefertigt, die von einem Teil ihrer Stadt in einen anderen wollten und dabei nicht selten entwürdigenden Kontrollen unterworfen waren. Die Abfertigungshalle des Bahnhofs Friedrichstraße bildete nach dem Mauerbau vom 13. August 1961 den einzigen Übergang für S- und U-Bahnreisende. Ich selbst, in den 1960er Jahren Student an der FU Berlin, kann mich noch gut an die zeitraubende Prozedur und das ungute Gefühl erinnern. Wodurch sich ein Rechtsstaat, in dem Bürger – übrigens auch Politiker – garantierte und einklagbare Rechte haben, vom Unrechtsstaat unterscheidet, machte dieser Ort anschaulich. Und sichtbar wurde auch, in welchem extremen Maß politische Systeme trennen können: Verließ der Besucher die Abfertigungshalle, war er in einer anderen Welt. Sicher erkannte der Historiker, was von der alten, gemeinsamen Welt geblieben war, sicher sprach man eine gemeinsame Sprache – doch sie verband nicht nur, sondern trennte auch. Was der Dresdener Romanist Victor Klemperer in seinem berühmten Buch LTI [Lingua Tertii Imperii, Anm. d. Redaktion] über die Sprache in der nationalsozialistischen Diktatur bemerkt hat, dass sie durch das politische System deformiert und überformt wurde, galt *mutatis mutandis* auch hier: erschreckend besonders, weil die fundamentale Gemeinsamkeit einer Nation, die Sprache, nicht mehr ausschließlich Symbol der Einheit bildete.

Und schließlich nicht zu vergessen: An der innerdeutschen Grenze starben nach heutigem Kenntnisstand vermutlich über 900 Menschen, erschossen oder von Tretminen zerfetzt, aus keinem anderen Grund als dem, als Deutsche ihren Wohnsitz in einem anderen Teil Deutschlands nehmen zu wollen. Vergessen wir nie: Diese künstliche innerdeutsche Grenze war eine mörderische Grenze. Und auch die, denen die Flucht in den Westen gelang, bezeugen, wie das politische System der DDR einzuschätzen ist: Zwischen 1949 und November 1989 verließen mehr als 3,5 von 17 Millionen Einwohnern die DDR. Diese „Abstimmung mit den Füßen“, oft durch hohes, lebensgefährliches Risiko erkaufte, straft alle Verharmlosung dieses diktatorischen Systems Lügen.

Die am Tränenpalast nach Westbesuchen Zurückbleibenden hatten denn auch oftmals das zutreffende Gefühl, eingeschlossen zu sein, den Westbesucher aber beschlich nach erfolgter Kontrolle bei der Rückreise Erleichterung, wenn die S-Bahn Richtung Zoo fuhr.

Die alte Berliner Mitte, die Friedrichstraße, war zugleich der einzige Fernbahnhof, der beispielsweise Warschau oder Prag mit Berlin verband. Auch hier machte man eine ähnliche Erfahrung: die Züge schienen ein Ziel auf einem anderen Planeten anzuvisieren; von Charlottenburg nach Paris, London, Washington schien es nur ein Schritt, die viel näher gelegenen ostmitteleuropäischen Hauptstädte aber schienen unendlich weit. Die Berlin teilende Grenze, die innerdeutsche Grenze, bildete zugleich eine innereuropäische Grenze – eine Grenze, die das kollektive Bewusstsein in ein westliches und ein östliches trennte. Viele Westberliner Schulkinder kannten Mallorca; wo Rügen liegt, wie nah Prag ist, wussten sie nicht.

Die „deutsche Frage“ in der historischen Perspektive

Aus der historischen Perspektive ergeben sich folgende Fragen: Welcher Zusammenhang bestand zwischen der Teilung Deutschlands und dem Kalten Krieg zwischen den Blöcken?

Welche Rolle spielte die „deutsche Frage“ als historisches Problem? Worin lagen die mittelfristig wirksamen Faktoren für eine Veränderung der internationalen und deutschlandpolitischen Szenerie? Welche Bedeutung besaßen die konkreten politischen Entscheidungen 1989/90?

„Die Teilung Deutschlands wird eines Tages – das ist unsere feste Überzeugung – wieder verschwinden. Ich fürchte, dass, wenn sie nicht verschwindet, in Europa keine Ruhe eintreten wird. Die Teilung Deutschlands ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, dass dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und Berlin nichts mehr im Wege steht.“ Diese Einschätzung formulierte Konrad Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler am 20. September 1949. Wie sein oppositioneller Gegenspieler Kurt Schumacher vertrat auch er die „Magnettheorie“, derzufolge die politische, rechtstaatliche und ökonomische Attraktivität der neugegründeten Bundesrepublik einen unwiderstehlichen Sog für die deutschen Landsleute im sowjetischen Herrschaftsbereich ausüben würde. Über den diktatorischen Charakter der kommunistischen Herrschaft machte sich Schumacher ebenso wenig Illusionen wie Adenauer.

Im weltpolitischen und europäischen Rahmen sah auch ein Staatsmann wie Charles de Gaulle aufgrund seiner weiten historischen Perspektive die Möglichkeit der Wiedervereinigung. So erklärte er 1959 und bekräftigte diese Aussage in verschiedenen Modifikationen: „Die Wiedervereinigung der beiden Teile in einem einzigen Deutschland, das völlig frei wäre, erscheint uns als das normale Schicksal des deutschen Volkes, vorausgesetzt, es stellt seine aktuellen Grenzen nicht in Frage und ist bereit, sich eines Tages in eine vertragsmäßige Organisation ganz Europas für die Zusammenarbeit, die Freiheit und den Frieden zu integrieren.“ Europa verstand er bekanntlich als „Europa vom Atlantik bis zum Ural“, das aber in der Verwandtschaft und der gemeinsamen Geschichte gleichwohl seine historisch gewachsene nationale Vielfalt erhalten sollte.

Es ist das Europäische an Europa, dass es Nationen gibt, hat einst der Historiker Hermann Heimpel konstatiert.

Neben der internationalen Spannung, die nach 1945 zum Kalten Krieg führte, und dem europäischen Kontext besaßen Teilung und Wiedervereinigung eine dritte Dimension, die historische, die weit vor den Zweiten Weltkrieg zurückreichte: Niemals war die deutsche Frage nur eine Angelegenheit der Deutschen, stets war sie eine europäische oder gar in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine weltpolitische. Betrafen die beiden ersten Ebenen konkrete Punkte, etwa sicherheitspolitische oder europapolitische, so spielte sich die historische vor allem auf der Ebene epochenspezifischer geschichtlicher Erfahrungen, Deutungen oder eines national differierenden kollektiven Bewusstseins ab: trotzdem besaßen sie massive Auswirkungen. So bemerkte Helmut Schmidt: „Als ich 1974 als neugewählter Bundeskanzler vor meiner ersten Moskareise stand, gab es kaum eine Regierung in Europa, welche die Teilung Deutschlands ehrlich bedauerte. Eher war das noch in Washington oder im fernen Beijing der Fall. Aber ein gewisses Verständnis für die deutsche Lage konnte Washington dennoch nicht zu einer Politik bringen, die konkret auf eine Wiedervereinigung der deutschen Teilstaaten gerichtet gewesen wäre ... Die Welt schien also mit der Spaltung Deutschlands weitgehend zufrieden zu sein; unlogischerweise war sie weit weniger zufrieden mit der Spaltung Europas.“

Man darf hinzufügen: 1989 hatte sich zwar die Welt verändert, aber die Skepsis oder gar entschiedene Ablehnung der Wiedervereinigung war der europäische Normalfall geblieben. Bundeskanzler Helmut Kohl sah sich seit 1982 mit der gleichen Erfahrung konfrontiert wie sein Vorgänger. Schon deshalb ist die Annahme unsinnig, 1989/90 sei alles wie von selbst gegangen, wie heute mancher aus Ignoranz oder parteipolitischer Agitation suggerieren möchte.

Für diese Skepsis, ja Angst vor der Einheit Deutschlands, spielte selbstverständlich die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur mit ihrer Schreckensherrschaft über weite Teile Europas, darunter die meisten Nachbarländer, eine aus-

schlaggebende Rolle. Allgemeiner formuliert: Es existierte eine tiefsitzende, historisch erklärbare Furcht, der deutsche Nationalismus könne wieder erstarken. Diese Furcht war nach zwei Weltkriegen, von denen der erste von Deutschland mitverursacht und der zweite verschuldet wurde, nur zu verständlich; sie bewirkte oftmals eine einlinige und einseitige Interpretation der deutschen Geschichte, als ob 1933 und 1939 zwangsläufige Ergebnisse eines deutschen „Sonderwegs“ in Europa gewesen seien.

So gewiss aber beide Schlüsselereignisse historisch erklärbar sind, so wenig zufällig sie auch waren, zwangsläufig waren sie deshalb noch nicht: „1933“ und „1939“ taugen deswegen nicht als ausschließliche Erklärungsmuster für die deutsche Geschichte. Wenn aber sogar deutsche Kritiker sich noch 1989/90 zu der unsinnigen Forderung verstiegen haben, Deutschland dürfe nicht wiedervereinigt werden, weil der Nationalstaat, also die Bismarck'sche Gründung von 1871, siebzig Jahre später zu Auschwitz geführt habe, dann ist die damals verbreitete deutschlandpolitische Skepsis im Ausland nur zu verständlich.

Doch muss daran erinnert werden: Das „deutsche Problem“ resultierte aus der geostrategischen Lage Deutschlands in der Mitte Europas, der föderativen und seit der Reformation bikonfessionellen Struktur Deutschlands, deren Konsequenzen sich andere europäische Mächte aus politischem Eigeninteresse zunutze gemacht hatten: Das war so während des Dreißigjährigen Krieges, während der sogenannten Reunionskriege Ludwigs XIV. im 17. Jahrhundert, während des österreichisch-preußischen Dualismus im 18. Jahrhundert und während der napoleonischen Kriege am Beginn des 19. Jahrhunderts. Während die innere Kohärenz der deutschen Staatenwelt aber bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts ständig abnahm, stand seit der Französischen Revolution von 1789 die politisch definierte Nation und der Nationalstaat auf der Tagesordnung der europäischen Politik, zu deren Interessen ein starker deutscher Nationalstaat verständlicherweise nicht gehörte. Das Spannungsverhältnis einer in Deutschland wie in anderen Staaten an Bedeutung gewinnenden nationalen Bewegung zu diesem geostrategisch und historisch begründeten

Partikularismus wuchs seit 1815, seit der Gründung des Deutschen Bundes, der die Ziele der Einheitsbewegung unberücksichtigt ließ, ständig an.

Es ist eine unhistorische Beurteilung, die nationale Bewegung des 19. Jahrhunderts zu verteufeln und die Revolution von 1848/49 aus ihrem Kontext zu lösen: Tatsächlich war die Nationalbewegung zugleich eine konstitutionelle Bewegung, die auf einzelstaatlicher und gesamtdeutscher Ebene Verfassungen durchsetzen wollte, sie war zugleich bürgerliche Emanzipationsbewegung. Allein schon die Entwicklung der modernen Nation durch die Französische Revolution verweist darauf, dass es sich hierbei nicht um einen vermeintlichen reaktionären Irrweg der Deutschen gehandelt hat. Vielmehr gehört die Nationalbewegung in den Kontext der modernen Formulierung von Grund- und Freiheitsrechten, zu denen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zählte.

Eine andere Frage ist es freilich, inwiefern die „Verspätung“ der nationalstaatlichen Einigung in Deutschland wie in Italien die Transformation der auf Volkssouveränität setzenden, liberal orientierten nationalen Bewegung in einen Nationalismus begünstigt hat, der seit dem Ersten Weltkrieg zum Extremismus führte. Und ebenso unverkennbar ist: Die Politisierung des bis dahin eher kulturell orientierten Nationbegriffs in Deutschland erfolgte gegen die napoleonische Herrschaft; die Bismarck'sche Reichseinigung 1870/71 setzte den Sieg der von Preußen geführten Staatenwelt über Frankreich voraus. Mit anderen Worten: Auch wenn es kein einseitiges deutsches Verschulden am damaligen preußisch-französischen bzw. deutsch-französischen Krieg gegeben hat, erwies es sich als Belastung der ersten deutschen Nationalstaatsgründung, dass ihr Instrument ein militärischer Sieg, ihre Konsequenz die diplomatische Isolierung des Besiegten und seine territoriale Amputation war. Und eine weitere Folge lag nach 1871 im Zwang zu einer Bündnispolitik mit autokratischen Mächten wie dem zaristischen Russland, wodurch dies auch in Polen freie Hand behielt, und nicht zu einer Bündnispolitik mit den demokratischen Staaten des Westens.

Dies mag als weiter Umweg erscheinen, und doch ist es erst diese historische Perspektive, die eine angemessene Interpretation der Wiedervereinigung 1989/90 erlaubt. Ob es den Zeitgenossen bewusst ist oder nicht: Jede Gegenwart ist durch viele Generationen und oft Jahrhunderte geprägt; zutreffend sprechen deshalb französische Historiker von der „longue durée“. Und nicht allein dies: Vielmehr gibt erst die Darstellung der historischen Bedingungsfaktoren lang- und mittelfristiger Art und der daraus resultierende Vergleich den Blick dafür frei, welch unerhörte Herausforderungen, welch ungeheure Schwierigkeiten 1989/90 zu bewältigen waren, welche Fallstricke entknotet werden mussten.

Da also zweifellos das ungelöste deutsche Problem zu den zentralen Problemen der neuzeitlichen europäischen Staatenordnung gehörte, stellte sich immer wieder die Frage nach den Alternativen. Die staatenbündische Lösung von 1815 befriedigte zwar die Nachbarstaaten, nicht aber die Deutschen, sie erwies sich als nicht zeitgemäß. Nur zweimal erfolgte eine grundsätzliche Lösung, 1870/71 und 1989/90. Der Vergleich beider nationalen Einigungen erlaubt eine historisch vertiefte Beurteilung der Wiedervereinigung.

Was war 1989/90 in Methode und Ergebnis der deutschen Politik grundlegend anders als 1870/71? Folgende Differenzen haben nicht allein historische, sondern auch gegenwärtige und zukünftige Bedeutung für die europäische Politik.

1. Die Wiedervereinigung 1989/90 erfolgte – anders als 1870/71 – ausschließlich mit politischen und diplomatischen, nicht aber militärischen Mitteln.
2. Sie wurde nach zähen Verhandlungen im Einvernehmen mit Frankreich – und allen anderen Nachbarstaaten, vor allem Polen – und nicht gegen einen anderen Staat erreicht.
3. Die internationale Einbettung der Wiedervereinigung beseitigte Spannungen, statt wie 1870/71 neue zu schaffen.
4. Die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze schuf die Voraussetzung einer dauerhaften Aussöhnung mit Polen und sorgte zugleich dafür, dass Deutschland – und

damit die Mitte Europas – keinerlei ungelöste Grenzfragen bzw. Vorbehalte in Bezug auf sie behielt, während 1871, 1919 und nach 1945 territoriale Verluste immer wieder zur Quelle neuer Probleme wurden. Die außerordentliche Friedensleistung, die die deutsche Gesellschaft und Politik nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Integration von ungefähr 16 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen erbracht hat, wurde auf diese Weise definitiv, während normalerweise Massenvertreibungen Ursache neuerlicher Auseinandersetzungen oder gar von Kriegen sind. Es zählt deswegen zu den wichtigsten Bedingungen der Wiedervereinigung und ihrer friedensstiftenden Wirkungen, diese auch innenpolitisch verständlicherweise auf erheblichen Widerstand stoßende Grenzankennung durchgesetzt zu haben.

5. Die bündnispolitischen Folgen bestanden nach 1990 nicht wie 1871 in einer Komplizierung, deren Eigendynamik und Ausgrenzung verhängnisvoll sein konnte, sondern ganz im Gegenteil in einer Vereinfachung, da als militärisches Bündnis nur noch die NATO übrig blieb: Der Gewinn bestand aber nicht allein darin, dass keine gegnerischen und potentiell feindlichen Blöcke mehr Deutschland und Europa teilten, sondern außerdem die kleineren mittelost- bzw. osteuropäischen Staaten aus der militärischen Umklammerung des Sowjetimperiums und des Warschauer Paktes gelöst wurden und diese Staaten dadurch ihre Souveränität zurückgewannen. Dieser Vorgang besaß insofern nicht bloß osteuropäische Aspekte, als die Furcht vor einem potentiellen deutschen Nationalismus, die jenseits sowjetischen Drucks militärpolitischen Kitt bildete, durch die im europäischen Kontext ausgehandelte Form der Wiedervereinigung und Deutschlands künftige Rolle – die keinem Sonderweg, sondern der europäischen Kooperation folgte – gegenstandslos wurde.
6. Hierzu trug entscheidend – und gar nicht zu überschätzen – bei, dass Helmut Kohl die Vereinigungspolitik nach West und Ost als europäische Integrationspolitik betrieb. Und in diesem ausschlaggebenden Kurs bestand meines Erachtens

auch die stärkste persönliche Prägung durch den Bundeskanzler in den verschiedenen, 1989/90 äußerst kompliziert ineinandergreifenden Politikfeldern.

7. Zwar zog auch Bismarcks Reichsgründung die Konsequenz aus einer breiten nationalen Bewegung, doch ausschließlich als „Politik von oben“: Dies konnte unter den historischen Voraussetzungen von 1870 kaum anders sein, der entscheidende Unterschied bestand aber 1989/90 in der bis zum November 1989 ständig anwachsenden Protestbewegung eines großen Teils der Bevölkerung der DDR. Die Bürgerrechtsbewegung hat daran ausschlaggebenden Anteil, sie hat es umso mehr, als die vielfältigen – oft kirchlichen – Organisationsformen und selbst die Massenbewegung insofern äußerste politische Sensibilität bewiesen, als sie in dosierten Formen den Druck auf das SED-Regime steigerten, ohne von sich aus wirkliche Vorwände für militärisches Eingreifen zu liefern. Der Begriff „friedliche Revolution“ ist also trotz der Paradoxie berechtigt. Der Ruf „Wir sind das Volk“, der schnell zu „Wir sind *ein* Volk“ modifiziert wurde, wurzelt in der Forderung nach Volkssouveränität und nationaler Selbstbestimmung.

Und nicht zu vergessen: Im Herbst war die DDR-Führung zwar geschwächt, noch aber besaß sie alle Repressionsinstrumente, welche die aktive Teilnahme an der Bürgerrechtsbewegung gefährlich und zur persönlichen Mutprobe machten: Für die immer wieder geforderte Zivilcourage bildet die Oppositionsbewegung in der DDR auch in der Zukunft ein leuchtendes Vorbild, sie stellt insofern einen ganz eigenen Wert dar, den jeder einzelne Bürgerrechtler in die politische Kultur des wiedervereinigten Deutschland eingebracht hat.

Natürlich setzten sich bürgerrechtliche Forderungen nicht einfach in die Politik der Weltmächte um, sie führten nicht zwangsläufig zu Freiheit und Wiedervereinigung: Allein die Niederschlagung der Volksaufstände durch sowjetische Truppen am 17. Juni 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag und noch der sowjetische Einmarsch in Afghanistan

Ende 1979 beweisen dies. Aber unter den gewandelten Bedingungen von 1989 konnte die breite Protestbewegung der ostdeutschen Bevölkerung doch ein wesentlicher Faktor der Politik werden, wenn sensibel auf ihn eingegangen und dieser Faktor für die internationalen Verhandlungen genutzt wurde: Beides zählt zu den Leistungen der damaligen christlich-liberalen Bundesregierung Helmut Kohl – es setzte voraus, dass man die Wiedervereinigung tatsächlich wollte, was bekanntlich für viele der damals führenden Oppositionspolitiker nicht galt. Darüber braucht man sich nicht zu streiten: Man kann nachlesen, was z. B. Willy Brandt für die Wiedervereinigung und z. B. Oskar Lafontaine und der größte Teil der damaligen „Enkelgeneration“ dagegen gesagt haben.

Helmut Kohls Reden in der damaligen DDR, insbesondere das „Schlüsselerlebnis“ seines Dresden-Besuchs am 19. Dezember 1989, bilden Marksteine: Sie zeigen, welche Wechselbeziehung zwischen der Protestbewegung und der Politik der Bundesregierung notwendig war, um zum Erfolg zu gelangen.

8. Während 1871 staatsrechtlich gesehen ein Fürstenbund als föderativ strukturierter Nationalstaat gegründet wurde, handelte es sich 1990 keineswegs um eine einfache Wiederherstellung des Nationalstaats. Vielmehr hat sich seit 1945 insbesondere in Westdeutschland, dann aber auch in anderen Nationen das Verständnis des modernen Nationalstaats modifiziert. Diesen vorausweisenden Weg hatte der Parlamentarische Rat bereits 1948/49 beschritten. Er formulierte im Grundgesetz nicht allein den verfassungsrechtlich verbindlichen Wiedervereinigungsauftrag, sondern verbriefte als einzige damalige europäische Verfassung das Postulat einer aktiven Europapolitik. Artikel 24 sah konsequent sogar die Möglichkeit zur Einschränkung bzw. Übertragung nationaler Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen vor.

Konrad Adenauers entschiedene Politik der Westintegration in Bezug auf die christlich-abendländische Wertorientierung, das politische und ökonomische System, schließ-

lich die militärische Integration in die Führungsstruktur der NATO, realisierte seit 1949 die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten und wurde von der sozialdemokratischen Opposition 1959/60 schließlich doch akzeptiert; erinnert sei nur an die große Rede von Herbert Wehner am 30. Juni 1960 im Deutschen Bundestag.

1989/90 kam es erneut entscheidend darauf an, die nationale Einigung nicht als bloße Wiederherstellung des Nationalstaats – der in seiner klassischen Form seine Zeit gehabt hat –, sondern zugleich in seiner Funktion für die europäische Integration zu betreiben. Dazu reichte ein Anknüpfen an die europapolitischen Traditionen der bundesrepublikanischen Politik allein nicht aus, so bedeutend sie waren, vielmehr bedurfte es schöpferischer Umsetzung solcher Prinzipien.

Die erwähnten Vergleichspunkte zwischen der Reichsgründung 1870/71 und der Wiedervereinigung zeigen zweifelsfrei, worin 1989/90 die Zukunftschancen lagen und wie sie genutzt wurden: Auf allen Ebenen war die vor zehn, elf Jahren verfolgte Politik Friedenspolitik für Deutschland und Europa, die Spannungen abbaute und im übrigen entscheidend dazu beitrug, auch den ostmitteleuropäischen Staaten die Chancen zu geben, die die drei Westalliierten 1948/49 den Westdeutschen gegeben hatten und die die damalige Politik, allen voran Konrad Adenauer, so hervorragend genutzt hat.

Lang- und mittelfristige Ursachen für die Wiedervereinigung

Natürlich stellt sich die Frage, warum 1989/90 möglich wurde, was vier Jahrzehnte lang ausgeschlossen blieb. Die Ursachen hier zu schildern, würde eine Darstellung der Nachkriegsgeschichte erfordern. Ich beschränke mich deswegen darauf, summarisch einige derjenigen Faktoren zu nennen, die während der fünfundvierzigjährigen Teilungsgeschichte

Deutschlands und Europas lang- oder mittelfristig zu den Voraussetzungen der Konstellation von 1989 gehört haben:

1. Die erfolgreiche Westintegration und die zügige Stabilisierung eines demokratischen Staatswesens in der alten Bundesrepublik bildete nicht allein die vielfältige bis 1989 wirksame Attraktivität für die Ostdeutschen (und die Mitteleuropäer), die Adenauer und Schumacher vermutet hatten, sondern überzeugte zunächst den westlichen Teil der Welt davon: Auch die Deutschen können demokratisch und friedliebend sein, sie sind überdies bereit, zugunsten (einer damals noch west)europäischen Integration auf nationale Souveränitätsrechte zu verzichten.

Da die Bundesrepublik kein normaler Nationalstaat war, und tatsächlich bis 1990, bis zu den Zwei plus Vier-Vereinbarungen, Einschränkungen der Souveränität über das selbstzugestandene grundgesetzliche Maß hinaus in Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin bestanden, korrespondierte die europäische Orientierung mit den politischen Realitäten. Der Schock des extremen deutschen Nationalismus und seiner Katastrophe begünstigte in der alten Bundesrepublik die Ausbildung einer europäischen Identität neben der infolge der nationalsozialistischen Diktatur gebrochenen deutschen.

2. Die politische, ökonomische und militärische Integration der Bundesrepublik bildete ein Modell auch für das wiedervereinigte Deutschland, das die Furcht vor der Einigung im Ausland abschwächte, wenn auch nicht beseitigte.
3. Durch die erfolgreiche Westpolitik und die dadurch gegebene militärische Sicherung ist die Basis dafür gelegt worden, auch die Beziehungen zu den osteuropäischen bzw. östlich angrenzenden mitteleuropäischen Nachbarn zu verbessern. Ansätze zur Ostpolitik gab es bereits zur Regierungszeit Konrad Adenauers, vor allem seit seinem Moskaubesuch 1955 und Ende der 1950er Jahre, dann wiederum während der 1960er Jahre, bis die Große Koalition Kiesinger/Brandt Horizonte eröffnete. Die entschiedene und damals – weni-

ger im Ziel als wegen der Methoden und deutschlandpolitischen Risiken – umstrittene Ostpolitik, für die Willy Brandt, Walter Scheel und Egon Bahr, also die sozialliberale Koalition, standen, führte tatsächlich zu einer ganz neuen Qualität der Beziehungen und brachte auch innerdeutsch zwar keine wirklichen Lösungen, aber doch eine Reihe praktischer Fortschritte.

So bedeutsam die Ostpolitik als Etappe für die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen auch war, so sollte man sich doch vor einer Geschichtsklitterung hüten, als ob sie als „Wiedervereinigungspolitik“ konzipiert worden wäre und zwangsläufig zu ihr geführt hätte. Wie die anderen hier genannten mittelfristig wirksamen Faktoren auch, muss sie historisch in ihrer Bedeutung für die Entspannungspolitik und für die Bewegung, die sie in die internationale Politik gebracht hat, gewürdigt werden.

Die Entspannungspolitik gewann durch die KSZE-Vereinbarungen von 35 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas weltpolitische Dimensionen, bei denen weniger der Wortlaut der Schlussakte vom 1. August 1975 im Einzelnen zählte als die politischen Wirkungen, die sie in den kommunistischen Diktaturen erlangten. Zweifellos übten sie vor allem in Hinblick auf die Menschenrechte einen erheblichen Legitimationsdruck auf die kommunistischen Regierungen aus, die Vereinbarungen, die sie selbst unterzeichnet hatten, auch in den eigenen Ländern zu praktizieren. Wenngleich dies nur rudimentär geschah, erwies sich „Helsinki“ gerade für die osteuropäischen Regierungen sowie für die DDR als eine ständige Herausforderung, ja in gewisser Weise als Bumerang.

4. Solidarność in Polen bildete – gerade auch nach dem 1981 verhängten Kriegsrecht – seit 1980 die Vorkämpferin der Befreiungsbewegungen in den kommunistischen Diktaturen, deren historische Bedeutung für die Erosion der kommunistischen Gewaltherrschaft kaum zu überschätzen ist. Reformkommunistische Ansätze wurden dadurch auch in Ungarn und der Tschechoslowakei, selbst in der Sowjetunion

gestärkt, schließlich wurde in Polen im September 1989 unter Tadeusz Mazowiecki die erste demokratische Regierung eines Ostblockstaates gebildet.

5. Der „Doppelbeschluss“ der NATO am 12. Dezember 1979 mit der binnen Zwei-Jahresfrist zu realisierenden Nachrüstung als Antwort auf die Stationierung neuer sowjetischer Mittelstreckenraketen in Europa zwang die Sowjetunion, entweder ihrerseits das Wettrüsten einzuschränken oder aber eine dem Westen ebenbürtige Wirtschaftskraft zu entwickeln, die eine solche Rüstung trug: Dies übte in der Gerontokratie der Sowjetführung und des kommunistischen Systems Reformdruck aus, der Michael Gorbatschow 1985 an die Macht brachte und damit Perestroika und Glasnost einleitete – beides aber bezweckte zumindest anfangs eine Stärkung des kommunistischen Systems, nicht etwa seine Beseitigung, die erst die Folge bildete: Das kommunistische System konnte nicht im herkömmlichen Sinne reformiert werden, es hatte in Bezug auf Menschenrechte, auf Politik und Ökonomie – übrigens durch die extreme, längerfristig wirksame Umweltverschmutzung – überall in die Katastrophe geführt.

Es zählt deshalb zu den Verdiensten von Bundeskanzler Helmut Schmidt, Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre gegen den wachsenden Widerstand seiner eigenen Partei (beim Kölner Sonderparteitag der SPD am 18./19. November 1983 stimmten 383 von 400 Delegierten gegen die Realisierung des Doppelbeschlusses) und einer zum Teil widerstrebenden Öffentlichkeit, die ständig durch Massendemonstrationen irritiert wurde, unbeirrt die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses betrieben zu haben: Diese Politik zählt folglich zu den Elementen der Kontinuität. Es ist die erste große sicherheitspolitische Leistung Helmut Kohls als Bundeskanzler gewesen, am 22. November 1983 diesen Doppelbeschluss gegen die anhaltenden Widerstände in der Bundesrepublik im Verein mit den Verbündeten schließlich im Bundestag durchgesetzt zu haben – ein schwieriges Unterfangen angesichts der Massendemonstra-

tionen der sogenannten Friedensbewegung, die es beispielsweise beim Ostermarsch im April 1983 auf 700.000 Teilnehmer brachte, und des starken Widerstands der Opposition. Der Doppelbeschluss der NATO ist eine entscheidende Etappe für den Untergang der kommunistischen Diktatur, die Beendigung sowjetischer Vorherrschaft und damit für die Chancen der Wiedervereinigung gewesen.

6. Schließlich ergab sich über das Jahr 1982 durchaus eine deutschlandpolitische und ostpolitische Kontinuität der Regierungen Schmidt und Kohl, insofern als letztere diese Prinzipien unter den Bedingungen der 1980er Jahre nicht weniger intensiv fortführte. Dabei nutzte der Bundeskanzler sowohl die engen deutsch-französischen als auch die engen deutsch-amerikanischen Beziehungen durch persönlich immer intensivere Kontakte sowohl zu François Mitterrand als auch zu Ronald Reagan, dessen „Star-War“-Projektionen und dessen Forderung in Berlin: „Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer ein!“ man belächeln mochte, die aber trotzdem ihren politischen Sinn hatten. Trotz des Einsatzes für den NATO-Doppelbeschluss versuchten Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher aber bei ihrem Moskau-Besuch im Juli 1983 die Entspannungspolitik fortzusetzen.
7. Es muss betont werden, dass es zu den verfassungsmäßigen Pflichten, aber auch den außenpolitischen Leistungen aller Bundesregierungen gehört, dass sie die deutsche Frage völkerrechtlich offengehalten haben, wozu die verschiedenen Begleitbriefe zu den Verträgen der Regierung Brandt/Scheel seit 1970, das damalige Insistieren der CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 beitrugen.

Dies sind in geraffter Form die länger- und mittelfristigen Voraussetzungen, unter denen die Bundesregierung Kohl 1989 handeln musste, als der Flüchtlingsstrom aus der DDR über die Tschechoslowakei und Ungarn, der Ansturm auf die dortigen Botschaften der Bundesrepublik Deutschland und die Protestbewegung innerhalb der DDR immer massiver wurden.

Während westdeutsche Linksintellektuelle in den 1970er und 1980er Jahren „Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus“ (so der Titel eines Buches von Jürgen Habermas) diskutierten, ging es längst um die Legitimationsprobleme des „real existierenden Sozialismus“ – nicht allein in der DDR, deren Reformunwilligkeit freilich einen besonders krassen Fall darstellte.

Die sowjetische Führung wollte und konnte vermutlich aufgrund der eigenen Probleme den Autoritätsverfall der kommunistischen Diktaturen nicht mehr aufhalten, zumal sie auf die Breschnew-Doktrin verzichtet und den kommunistischen Staaten innerhalb des Warschauer Paktes nun einen eigenen Weg zugestanden hatte („Sinatra-Doktrin“: *This is my way!*). Die DDR war zudem im Herbst 1989 trotz der vielfältigen finanziellen Einkünfte und Hilfen, die sie aus der Bundesrepublik erhalten hatte, nicht allein politisch, sondern vor allem auch ökonomisch bankrott – dies nicht gesehen zu haben, gehörte zu den vielen ebenso krassen wie schönfärbenden Fehltritten über das DDR-Regime, die selbst bei zahlreichen vermeintlichen Experten verbreitet waren.

Doch besagen diese Diagnosen keineswegs, dass der Untergang der kommunistischen Diktaturen nicht auch in einen katastrophalen Strudel hätte führen können. Der Weg zur friedlichen Wiedervereinigung hatte zwar auch begünstigende Vorbedingungen, zugleich aber zahlreiche hemmende: Dass es so kam, wie es kam, ist alles andere als selbstverständlich, vielmehr das Ergebnis einer herausragenden politischen Leistung 1989/90: In diesen Jahren war die Sowjetunion zweifellos noch eine kommunistische Diktatur, wenn auch eine reformwillige; sie war ebenso zweifellos noch eine Weltmacht mit enormem Potential, vor allem auch militärischem. Und nicht zu vergessen: Auf dem Territorium der DDR standen 1989 insgesamt noch etwa 400.000 Angehörige der Roten Armee, die Volkspolizei, die NVA und ein riesiger Überwachungsapparat des Staatssicherheitsdienstes mit 91.000 hauptamtlichen und 173.000 Inoffiziellen Mitarbeitern.

Es muss daran erinnert werden: Der beschleunigte Abzug der sowjetischen Streitmacht bis 1994 war ebenso wenig selbstverständlich wie die anderen Erfolge der Bundesregierung Kohl. Er war es umso weniger, als dieser Abzug nicht allein im deutschen Interesse lag, sondern ebenso sehr im polnischen und tschechoslowakischen. Auch die zügige Lösung dieses Problems bildete eine große Friedensleistung, war doch damals keineswegs klar, wie sich die Dinge in der Sowjetunion selbst entwickeln würden. Der Abzug der Sowjettruppen aber eröffnete Zukunftschancen, die zum NATO-Beitritt mehrerer früherer Mitglieder des Warschauer Paktes führten und damit sicherheitspolitisch einen vorher nicht für möglich gehaltenen Fortschritt brachten.

Europäische und weltpolitische Absicherung

Was ist von den konkreten politischen Entscheidungen unter der leitenden Fragestellung besonders hervorzuheben? Wiederum muss ich mich auf ganz wenige Punkte beschränken, bietet doch dieses eine Jahr vom Herbst 1989 bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 Stoff genug für eine Fülle dramatischer Schilderungen, die irgendwann einmal eine Bibliothek füllen dürften.

Betrachtet man das Bündel der lang-, kurz- und mittelfristigen Voraussetzungen, deren Gewichtung die künftige Forschung leisten muss, dann bestanden seit Herbst 1989 mehrere fundamentale Herausforderungen:

1. Da niemand die ungeheure Dynamik seit dem Spätsommer 1989 vorausgesehen hatte und es folglich keine konkreten Planungen für diese Entwicklung gab, bestand zwangsläufig eine erhebliche Unsicherheit, welches Ausmaß die Flucht aus der DDR und die Protestbewegung annehmen würden, welche Widerstandskraft die kommunistischen Regime noch haben, wie sie und die Sowjetunion auf den drohenden Verfall ihrer Macht reagieren würden. Erheb-

liche Unklarheit bestand nicht zuletzt darüber, wie sich die übrigen Staaten, gerade auch die befreundeten, zu dieser ebenso unvorhergesehenen wie sich überstürzenden Entwicklung stellen würden. Es musste also ständig improvisiert werden, nichts war vorgezeichnet, einen Fahrplan gab es nicht und konnte es bis zu einem gewissen Zeitpunkt auch nicht geben. Zugleich musste äußerst schnell gehandelt werden, um die vielleicht nur für wenige Tage oder Wochen vorhandenen Chancen zu nutzen.

2. Zunächst musste die Bürgerrechts- und Protestbewegung gestützt werden, ohne fatale Kettenreaktionen auszulösen. Die Ausreisewelle – die allein im Jahr 1989 eine Gesamtzahl von 343.854 Personen erreichte –, musste kanalisiert, die beiden hauptsächlich außerhalb der Bundesrepublik betroffenen reformorientierten Staaten, die Tschechoslowakei und Ungarn, auf dem Verhandlungsweg einbezogen, schließlich ihrer besonderen Situation als Teil des Ostblocks Rechnung getragen werden.
3. Mit der DDR-Führung, zunächst mit Egon Krenz, dann mit Hans Modrow, musste verhandelt werden, um sie einerseits zu Lösungen zu drängen, andererseits von Panikreaktionen abzuhalten.
4. Die Sowjetische Führung musste in ständigen Kontakten einerseits auf den Ernst der Entwicklung, andererseits aber auf konstruktive Lösungen vorbereitet werden. Nach wie vor besaß Moskau eine Schlüsselrolle.
5. Polen als der gegenüber deutschlandpolitischen Veränderungen aus historischen Gründen und wegen der Grenzfrage sensibelste Nachbarstaat musste für eine konstruktive Lösung der deutschen Frage gewonnen, seine Befürchtungen zerstreut werden.
6. Die engsten europäischen Partner wie Frankreich mussten in die Politik der Bundesregierung einbezogen und von der Unausweichlichkeit der Wiedervereinigung überzeugt werden.
7. Die westliche Führungsmacht, die USA, war entscheidend für den Erfolg der Wiedervereinigungspolitik in der west-

lichen Hemisphäre, ja ihre weltpolitische Absicherung und Unterstützung im diplomatischen Beziehungsgeflecht zwischen Bonn, Moskau und Washington.

8. Nachdem die Würfel gefallen waren, mussten von Mai bis Juli 1990 die Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen Ersatz für den seit 1945 bestehenden Friedensvertrag und die endgültige völkerrechtliche Lösung schaffen. Bei diesem Teil der Verhandlungen spielten im Auftrag ihrer Regierungen die Außenminister, vor allem Hans-Dietrich Genscher, James Baker und Eduard Schewardnadse, eine wichtige Rolle. Mit dem „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ war die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in Form von Entschliefungen von Bundestag und Volkskammer verbunden. Ich halte die Kritik am vermeintlich späten Zeitpunkt dieser Anerkennung für verfehlt. Unter dem Gesichtspunkt der internationalen, bilateralen und innenpolitischen Aspekte dieses Problems war dies meines Erachtens der optimale Zeitpunkt.
9. In innerdeutschen Verhandlungen mussten Tausende von Einzellösungen gefunden werden. Der unter Leitung von Wolfgang Schäuble und Günther Krause ausgehandelte Vereinigungsvertrag umfasst viele hundert Seiten, darunter befinden sich zahlreiche schwierig zu erzielende Kompromisse, die naturgemäß auch Unzufriedenheit zurückließen.
10. Auch in der Bundesrepublik bedurfte es zahlreicher innenpolitisch durchzusetzender Kompromisse. In der DDR nach der ersten freien Wahl am 18. März 1990, welche die Regierung Lothar de Maizière ins Amt brachte, mussten ebenfalls zahlreiche Einzelprobleme gelöst und Verständigung über die Wiedervereinigung in Form des Beitritts der ostdeutschen Länder gemäß Artikel 23 GG erzielt werden. Im übrigen zeigen die Dokumente, dass die Länderregierungen durch Kanzleramtsminister Seiters eingehend informiert wurden.

Natürlich hätten viele Probleme, die dann während der vergangenen zehn Jahre virulent wurden, besser gelöst wer-

den können, wenn mehr Zeit und damit ein kalkulierteres Verfahren möglich gewesen wäre. Der Zehn-Punkte-Plan, den Helmut Kohl am 28. November im Deutschen Bundestag vortrug, hätte ein solches stufenweises Vorgehen ermöglicht, an dessen Ende die Vereinigung vorgesehen war. Doch wie beim vielkritisierten Zeitpunkt der Währungsunion gilt auch hier: Was sachlich wünschbar war, war politisch nicht machbar: Das Tempo wurde in bestimmten Situationen durch die Fluchtbewegung aus der DDR vorgegeben („Wenn die DM nicht zu uns kommt, kommen wir zur DM“). Ein völliges Ausbluten aber hätte Probleme für Ost und West geschaffen, die nicht mehr zu meistern gewesen wären. Die Leipziger Montagsdemonstrationen am 4. und 11. Dezember 1989 waren bereits Demonstrationen für die deutsche Einheit.

War die Destabilisierung der Staaten des Warschauer Paktes auch ein mehrjähriger Prozess, der sich seit dem Sommer 1989 rapide beschleunigte, so erstreckten sich Krise und Untergang der DDR letztlich nur auf wenige Monate. Neben den innerdeutschen Verhandlungen, bei denen sich Wolfgang Schäuble große Verdienste erwarb, blieb ausschlaggebend doch die sich ständig steigernde Sequenz der bilateralen Verhandlungen, in denen der Bundeskanzler bzw. seine Beauftragten sowie Bundesaußenminister Genscher ständig im Einsatz waren. Es ist hier nicht der Ort, im Einzelnen die Aktivitäten von Politikern wie Wolfgang Schäuble, Rudolf Seiters und Theo Waigel oder von Beamten und diplomatischen Beratern wie Horst Teltschik oder Jochen Bitterlich nachzuzeichnen: Es spricht nicht gegen, sondern für einen Regierungschef, wenn er starke Mitarbeiter bzw. politische Mitstreiter hat.

Entscheidend für den Erfolg war aber das in ständigen Absprachen gesicherte Einvernehmen Helmut Kohls mit Präsident Bush, der zu den wenigen ausländischen Staatsmännern gehörte, die die Wiedervereinigung am frühesten und nachdrücklichsten unterstützten, sowie die bis zum Juli 1990 erzielten Übereinkünfte Helmut Kohls mit Michael

Gorbatschow: Kaum jemand rechnete lange Zeit ernstlich damit, dass die Sowjetunion eine NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland akzeptieren könnte: Zweifellos zählt es zu den größten Verhandlungserfolgen Helmut Kohls, dies im Verein mit George Bush erreicht und damit auch die sicherheitspolitische Szenerie in Europa völlig verändert zu haben. Es zahlte sich nun aus, dass Kohl zu Gorbatschow ein Vertrauensverhältnis aufgebaut hatte, wobei er selbst den Besuch des Generalsekretärs im Juni 1989 in Bonn als Schlüsselerlebnis ansieht.

Schließlich musste Helmut Kohl selbst den lange zögernden Freund François Mitterand von seinem Widerstreben abbringen. Ständige Telefongespräche und der Besuch am 4. Januar 1990 in Mitterands Feriensitz Latché waren dazu erforderlich; die Zahl der Verhandlungen des Bundeskanzlers mit anderen Staatsmännern des Westens war ebenfalls enorm. Natürlich gab es neben Bush auch andere Befürworter: Jacques Delors, damals Präsident der Europäischen Kommission zählte ebenso zu ihnen wie der frühere französische Verteidigungsminister Léotard und der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzales. Aber insgesamt galt: Enorme Widerstände mussten überwunden werden. Dies war überhaupt nur deshalb möglich, weil Bundeskanzler Kohl bei allen entscheidenden Partnern in Jahren erworbenes persönliches Vertrauen genoss und deshalb die entscheidenden Hindernisse in persönlicher Diplomatie lösen konnte. Dies galt aber nicht allein im Westen, wo die widerstrebende britische Premierministerin Margaret Thatcher schließlich doch eine Ausnahme blieb, sondern gerade auch im Osten, wo Kohl die Reformprozesse in Ungarn und Polen schon seit längerem energisch unterstützte und im Verein mit Delors finanzielle Hilfen nicht nur aus der Bundesrepublik, sondern auch aus der EU mobilisierte. Schon bevor die heiße Phase begann, hatte er in Gesprächen, die er gemeinsam mit Außenminister Genscher am 25. August 1989 in Schloss Gymnich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh und Außenminister

Horn führte, mit diesen Einigungen erzielt. An jenem dramatischen 9. November verhandelte der Bundeskanzler u. a. mit Mazowiecki und Lech Walesa in Warschau, wo ganz besondere Sensibilität am Platze war, bevor er den Besuch für einen Zwischenaufenthalt in Berlin unterbrach. Über die Entwicklung informierte er schon am 10./11. November Präsident Bush sowie Präsident Mitterand. So ging es über Wochen und Monate hinweg.

Die uns heute vorliegenden Dokumente zeigen klar: In diesen Verhandlungen wurde über das Schicksal Deutschlands und Europas entschieden – und zwar im Wechselverhältnis: Es zählt zu den unschätzbaren Leistungen, die Wiedervereinigung Deutschlands europäisch, ja weltpolitisch abgesichert zu haben, es zählt zu den Voraussetzungen, dies sowohl in einer West- wie einer Ostpolitik erreicht zu haben: Kann man Konrad Adenauer als den großen Protagonisten der Westintegration, Willy Brandt als den der Ostpolitik bezeichnen, so gelang erst Helmut Kohl die wirkliche Synthese beider – bei fort-dauernder entschiedener Verwurzelung in der demokratischen Staaten- und Wertewelt und ihrer sicherheitspolitischen Verankerung. An diesem weltgeschichtlich entscheidenden Wendepunkt konnte nur ein Staatsmann, der historische Perspektive, strategische Weitsicht und taktische Virtuosität mit politischer Durchsetzungskraft verband, die Chancen erkennen und entschlossen nutzen.

Deutschland kein Trauma für Europa

Vergleicht man die historischen Voraussetzungen des jahrhundertealten deutschen Problems in der Mitte Europas mit der Wiedervereinigung 1989/90 und der fundamentalen Veränderung, die von ihr ausging, dann wird klar, warum es sich hier um eine der ganz großen staatsmännischen Leistungen des 20. Jahrhunderts handelt: Das erste Mal in der neueren Geschichte wurde das vereinigte Deutschland für Europa

nicht zum Trauma: Ganz im Gegenteil profitierten insbesondere alle mittelosteuropäischen Nachbarstaaten von ihr, Europa als Ganzes verdankt der politischen Dialektik mit der Wiedervereinigung und dem europapolitischen Zusammenwirken mit Frankreich entscheidende Fortschritte in der Integrationspolitik, auch wenn es dabei alltägliche Schwierigkeiten gibt.

Die Wiedervereinigung brachte aber auch einen großen Schritt zur Durchsetzung der Menschenrechte: Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer geöffnet wurde, feierte Frankreich noch das „Bicentenaire“, den 200. Jahrestag der Französischen Revolution von 1789. Ein Teil der Kommentatoren jubelte: Was 1789 begann, das kommt nun nach 200 Jahren endlich zum Abschluss. Die Ideale der Französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, setzten sich nun auch im östlichen Teil Europas, auch im anderen Teil Deutschlands durch. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelten nun nicht mehr nur in der westlichen Hemisphäre, sondern treten ihren globalen Siegeszug an. Ohne jeden Zweifel stellt die Wiedervereinigung aufgrund ihrer über die nationale Frage weit hinausreichenden europäischen und universalen Dimensionen ein welthistorisches Ereignis dar. Die meisten der politischen Gegner Helmut Kohls werden in künftigen Weltgeschichten des 20. Jahrhunderts bestenfalls Fußnoten erhalten, er aber ein grandioses Kapitel.